

Jan Stoll

BEHINDERTE ANERKENNUNG?

*Interessenorganisationen von Menschen
mit Behinderungen in Westdeutschland seit 1945*

Behinderte Anerkennung?

Disability History

Herausgegeben von Gabriele Lingelbach, Elsbeth Bösl und Maren Möhring

Band 3

Jan Stoll, Dr. phil., promovierte im DFG-Projekt »Geschichte von Menschen mit Behinderung seit 1945« an der Universität Kiel.

Jan Stoll

Behinderte Anerkennung?

Interessenorganisationen von Menschen mit
Behinderungen in Westdeutschland seit 1945

Campus Verlag
Frankfurt/New York

ISBN 978-3-593-50620-3 Print
ISBN 978-3-593-43515-2 E-Book (PDF)

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Copyright © 2017 Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main.

Umschlaggestaltung: Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main

Gesetzt aus: Garamond

Druck und Bindung: CPI buchbücher.de, Birkach

Gedruckt auf Papier aus zertifizierten Rohstoffen (FSC/PEFC).

Printed in Germany

www.campus.de

Inhalt

Einleitung.....	9
I. Kriegsofervverbände in der frühen Bundesrepublik	29
1. Kriegsoferv im Verband – Organisationsform und Zusammensetzung.....	34
2. Versehrtheit und Gemeinschaft – Selbstverständnis, Selbstbeschreibung und Identitätsstiftungsangebote	50
2.1 Der Kalte Krieg der Kriegsofervverbände.....	51
2.2 »Normalisierung« – Arbeit und Geschlecht.....	59
2.3 Kriegserinnerung und Demokratisierungswille – Kameradschaftliche Erfahrung und »politische Erinnerung«...	66
3. Verbandliche Selbsthilfe als Politikum	74
3.1 Selbsthilfe und politische Einflussnahme.....	75
3.2 Sammlungen und Spenden	79
4. Öffentlichkeitsarbeit zwischen Selbsthilfe und politischer Einflussnahme	82
5. Politische Einflussnahme und Interessenpolitik im politischen Raum	86
5.1 Formen der Einflussnahme – Vorparlamentarische Einflussnahmen und Personalunionen	88
5.2 Beispiele der Einflussnahme – Das Bundesversorgungsgesetz	95
5.3 Grenzen der politischen Einflussnahme? – Die Neuordnung der Kriegsofervversorgung	102
6. Das »Ende der Nachkriegszeit« als Ende der versehrten Nation	118

II. Zwischen Fremd- und Selbstadvokation – Elternvereinigungen in den 1960er Jahren	125
1. Verein und Vereinigung – Organisationsformen der Eltern und ihre Zusammensetzung.....	130
2. Öffentlichkeitsarbeit und öffentliche Meinung zwischen Mitleid und aggressiver Ablehnung.....	137
2.1 Der Conterganskandal.....	141
2.2 Der »Fall Aumühle«.....	146
3. Konzepte sozialer Eingliederung.....	148
4. Selbsthilfe – Familiennahe Unterbringung und Bildungsfähigkeit.....	153
4.1 »Enthospitalisierung«.....	155
4.2 Bildungsfähigkeit und »lebenspraktische Erziehung«.....	165
5. Politische Einflussnahme durch Experten.....	179
5.1 Der Conterganskandal als Impuls	182
5.2 Auseinandersetzungen um Meldepflicht und Sterilisation....	188
6. »Für die Behinderten hat die Zukunft noch nicht begonnen«.....	198
III. Clubs, Initiativen und Bewegung in den 1970er und 1980er Jahren.....	208
1. Clubs, Initiativen und Diskussionszusammenhänge – Neue Organisationsformen und deren Zusammensetzung	213
2. Partizipation, Integration und Emanzipation	232
2.1 Demokratisierung und Politisierung in den 1970er Jahren.....	234
2.2 Radikalisierung in den späten 1970er Jahren – Formen und Funktionen politischer Erinnerung	238
2.3 Behinderungsbegriff und Integrationskonzepte	243
2.4 Abgrenzungen und Ausgrenzungen	255
3. Selbsthilfe – Selbstbewusstsein, Freizeitgestaltung und neue Ideen selbstbestimmter Hilfen.....	260
3.1 Räume des Austausches.....	262
3.2 Freizeitgestaltung	266
3.3 Pragmatisch und zielorientiert – Selbsthilfeinitiativen zur selbstbestimmten Hilfeleistung und Assistenz.....	272

4. Öffentlichkeitsarbeit und Interessenartikulation.....	277
4.1 Neue Öffentlichkeit und Öffentlichkeitsarbeit.....	280
4.2 Partizipation, Protest und Provokation – Interessenartikulation.....	290
5. Differenzierungsprozesse der 1980er Jahre.....	322
6. Behindertenbewegung als neue soziale Bewegung?.....	344
IV. Zusammenfassung und Fazit.....	354
Anhang.....	379
Dank.....	418

Einleitung

Behinderung ist ein zeitgebundenes Phänomen. Was das ist, »Behinderung«, wie sich der Begriff veränderte und welchen Anteil Betroffene an diesem Wandel hatten, wird eine Frage dieser Arbeit sein. Denn das Thema dieser Arbeit sind Interessenorganisationen von Menschen mit Behinderungen in der Bundesrepublik Deutschland von den 1940er bis in die 1980er Jahre. Menschen mit Behinderungen hatten Interessen und haben diese auch formuliert und vertreten. In welchen Formen sie dies taten, was ihre Anliegen waren und wie sich Organisationen von Menschen mit Behinderungen oder ihrer Angehörigen in der Bundesrepublik Gehör verschafften, ist die Klammer dieser Arbeit. Damit befindet sich die Geschichte von Interessenorganisationen von Menschen mit Behinderungen in der Bundesrepublik in einem Schnittfeld unterschiedlicher Perspektivierungen und Theorieangebote. Ein Erkenntnisinteresse liegt in der Geschichte der Interessen der Betroffenen selbst. Denn diese unterlagen Wandlungsprozessen und drückten sich in unterschiedlichen Zielformulierungen und Organisationsformen aus. Zum einen spiegelten sich veränderte Interessen in differierenden Vorstellungen von gesellschaftlicher Anerkennung und Partizipation sowie von unterschiedlichen Normalitätsanforderungen. Zum anderen war die Durchsetzungsfähigkeit von Interessen an die Organisationsform und ihre Artikulationsfähigkeiten geknüpft. Auf diese Weise kann die Geschichte von Interessenorganisationen von Menschen mit Behinderungen in die Geschichte der Bundesrepublik eingeordnet werden.¹ Des Weiteren trägt diese Arbeit zur Geschichte von »Behinderung« bei. Dieser Begriff bildete sich erst im Laufe der 1960er Jahre als Kollektivbezeichnung für körperliche, seelische und geistige Abweichungen von der Norm heraus. Die Interessenorganisationen hatten unterschiedliche Bezüge zu dieser Bezeichnung. Auf der einen Seite lehnten sie den Begriff als diskriminierend ab, auf der anderen Seite griffen sie ihn auf und fanden in ihm eine identitätsstiftende Kraft.

1 Vgl. Bösl, Was ist Disability History?, S. 40–43.

Daher geht es auch um eine Historisierung dieser kategorisierenden Bezeichnung, ihrer zeitgenössischen Bedeutungsinhalte und Zuschreibungen, die durch die Gesellschaft und die unterschiedlichen Betroffenen vorgenommen wurden. Damit rücken Verhältnisse von Normalität und Abweichung, von Differenzierung und Homogenisierung in den Fokus. An der Gestaltung dieser Verhältnisse hatten die Interessenorganisationen von Menschen mit Behinderungen einen entscheidenden Anteil.

Forschungsstand und Fragestellung

Einen Ausgangspunkt dieser Arbeit bilden die *Disability Studies*.² Dieser jüngeren Forschungsrichtung geht es darum, Behinderung nicht als medizinisches oder essentialistisches Phänomen zu betrachten, sondern vielmehr als soziale und kulturelle Kategorie zu untersuchen. Aus diesen Forschungen lernen wir, dass Behinderung spezifischen Deutungen unterliegt, die wandelbar sind und sich im Verhältnis einer Dichotomie von Abweichung und Normalität bewegen. Behinderung ist demnach nicht etwas natürlich Erscheinendes oder Gegebenes, sondern vielmehr eine potenziell universelle Lebenserfahrung, die abhängig von ihrem Kontext bestimmt wird. Behinderung ist damit eine immer wieder neu bestimmte und verhandelte Kategorie. Daraus resultiert auch der innovative Charakter dieses Ansatzes, lassen sich doch über die Analyse von »Behinderung« Rückschlüsse auf zeitgenössische Konstruktionen von Normalität und Abweichung ziehen. Die historischen Forschungen, die aus dem Blickwinkel der *Disability Studies* betrieben und als *Disability History* bezeichnet werden,³ kennzeichnet zudem ein folgenreicher Perspektivwechsel: Denn aus ihrer Ablehnung einer paternalisierenden *Top-Down*-Perspektive, also dem Reden und Schreiben über Menschen mit Behinderungen, ergibt sich die Betonung des Subjektcharakters von Menschen mit Behinderungen und ihrer jeweiligen Handlungsmacht. Die Betroffenen selbst, ihre Anliegen und Forderungen, rücken in den Mittelpunkt. Das Diktum lautet: »Nothing about us, without us«.⁴

Für die historische Forschung ergeben sich daraus mehrere Schlussfolgerungen: Nimmt man – erstens – den eingeforderten Perspektivwechsel

2 Vgl. für die deutsche Forschungslandschaft Waldschmidt, »Behinderung« neu denken; vgl. auch Dederich, *Körper* sowie Waldschmidt/Schneider (Hg.), *Disability Studies*. Vgl. auch für die internationale Debatte Renggli, *Disability Studies*; Oliver, *Politics* sowie Albrecht/Seelman/Bury (Hg.), *Handbook of Disability Studies*.

3 Vgl. Waldschmidt, Überlegungen, S. 18f; vgl. auch Bösl, Was ist Disability History?; vgl. auch Kudlick, *Disability History*; vgl. Burch/Sutherland, *American Disability History*.

4 Vgl. Charlton, *Nothing About Us*; vgl. auch Hermes/Rohrmann (Hg.), *Nichts über uns – ohne uns!*

ernst, geraten die handelnden Akteure in den Blick. Untersucht werden daher die gesellschaftspolitischen Interessenvertretungen von Menschen mit Behinderungen, ihre selbstadvokatorische Formulierung der eigenen politischen Agenden, ihre sozialen und politischen Ziele und der Versuch ihrer Durchsetzung mit Hilfe geeignet erscheinender Mittel. Die zweite Schlussfolgerung folgt aus der ersten und betrifft den Blickwinkel der Untersuchung: Denn »[n]icht die Abweichung, die Pathologie, die irritierende Andersartigkeit« der Betroffenen wird untersucht, »vielmehr wird die Kategorie Behinderung verwendet, um die »Mehrheitsgesellschaft« zu rekonstruieren und von deren Analyse aus nach den Auswirkungen und Folgen für Behinderte zu fragen.«⁵ Behinderung wird somit zu einer erkenntnisgenerierenden Kategorie, die Aussagen über den Umgang der Gesellschaft mit Abweichung zulässt.

Insgesamt sind die Interessen- und Selbstorganisationen von Menschen mit Behinderungen selten aus geschichtswissenschaftlicher Perspektive untersucht worden.⁶ Auch die Forschungslage zur Geschichte von Menschen mit Behinderungen in der Bundesrepublik ist bislang noch dünn.⁷ Wilfried Rudloff zeigt sich verwundert, dass den Kriegsbeschädigten bislang kein größeres geschichtswissenschaftliches Interesse zugekommen ist. Zunächst deutet ihre Anzahl zu Beginn der 1950er Jahre mit etwa vier Millionen Menschen auf ihre Bedeutung hin und hätte umfassendere Untersuchungen anstoßen können. Damit verbunden sind Fragen nach der Integration der großen Anzahl ehemaliger Soldaten in die junge Demokratie. Schließlich waren die gesetzlichen Maßnahmen zu ihrer Versorgung »ein bedeutendes Thema der ersten Legislaturperiode des Bundestages, ja die erste große sozialpolitische Tat des jungen Staates überhaupt.«⁸ Trotz dieser im Einzelnen gewichtigen Argumente, sind Kriegsbeschädigte, ihre Versorgung, ihre Integration oder ihre Beiträge zur Kultur der 1950er Jahre bislang kaum untersucht worden. Zwar existiert eine Reihe von Studien, die sich heimkehrenden Kriegsgefangenen widmen und auch die Transformation einer Kriegs- in eine Friedenskultur ist untersucht worden, dabei spielten die Kriegsbeschädigten aber

5 Dederich, *Körper*, S. 29.

6 Für das Vereinswesen deutscher Gehörloser im 19. Jahrhundert vgl. Söderfeldt, *Pathology*. Die Selbstorganisationen sogenannter ziviler Körperbehinderter in Kaiserreich, Weimarer Republik und NS-Regime untersucht Fuchs, *»Körperbehinderte«*.

7 Eine frühere Ausnahme bildet die vom Mittelalter bis in die Zeitgeschichte gespannte Arbeit von Fandrey, *Krippel*. Vgl. auch den Forschungsüberblick mit Schwerpunkt auf der deutschen Zeitgeschichte von Lingelbach/Schlund, *Disability History* sowie auch Bösl, *Grundlagen*.

8 Rudloff, *Schatten*, S. 364.

kaum eine Rolle.⁹ Aufmerksamkeit kam Kriegsbeschädigten, ihren Verbänden oder ihrer sozialpolitischen Versorgung in erster Linie infolge des Ersten Weltkriegs zu.¹⁰ Sehr viel seltener geraten demgegenüber die Kriegsbeschädigten in der Nachkriegszeit des Zweiten Weltkriegs in den Blick.¹¹

Desgleichen lassen sich für die folgenden Jahrzehnte Gründe anführen, die Behinderung und Interessenorganisationen von Menschen mit Behinderungen zu einem lohnenswerten Forschungsgegenstand machen. Denn Prozesse gesellschaftlicher Transformation¹² und des Wandels von Öffentlichkeit¹³ sorgten zum einen beispielsweise infolge des Conterganskandals für eine stärkere Aufmerksamkeit für Kinder mit Behinderung,¹⁴ zum anderen hielt die Gesellschaft angesichts des gestiegenen Wohlstandes zunehmend nach ihren Rändern Ausschau. Dabei sind Menschen mit Behinderungen bislang zu wenig von der Forschung berücksichtigt worden, obgleich Eltern- und Expertenvereinigungen wie die »Lebenshilfe für das geistig behinderte Kind« als »Motor des Umbaus« der Behindertenpolitik charakterisiert worden sind.¹⁵ Eine Ausnahme stellen aber Studien zur Psychiatriegeschichte

⁹ Vgl. zu den heimkehrenden Kriegsgefangenen und den Auswirkungen der Heimkehr Moeller, *Heimkehr*; Biess, »Russenknechte« sowie Dies. (Hg.), *Histories*; Goltermann, *Gesellschaft*. Eine wertvolle Studie zum Verband der Heimkehrer in der Bundesrepublik bietet Schwelling, *Heimkehr*. Die Witwen getöteter Wehrmachtsoldaten in der frühen Bundesrepublik untersucht Schnädelbach, *Kriegervitwen*; vgl. auch Neumann, *Rede*; Kühne (Hg.), *Kriegskultur*; Naumann (Hg.), *Nachkrieg* sowie Echterkamp, *Soldaten*.

¹⁰ Dabei konzentrierten sich Studien auf die Kriegsbeschädigtenpolitik: Vgl. beispielsweise Frie, Vorbild sowie Geyer, Vorbote. Eine der ersten geschichtswissenschaftlichen Arbeiten über die Organisationsstrukturen der Kriegsofopferverbände stammt von Diehl, *Organization*; vgl. auch jüngst mit Schwerpunkt auf dem sozialdemokratischen Reichsbund Ziemann, *Veteranen*. Aus sozialhistorischer Perspektive nähern sich Whalen, *Wounds* sowie Cohen, *War*. Eine geschlechterhistorische Perspektive verfolgt Hausen, *Sorge*; kulturhistorisch nähert sich Kienitz, *Helden*. Einen körpergeschichtlichen Schwerpunkt legt Möhring, *Körper*.

¹¹ Vgl. Diehl, *Fatherland*; siehe auch mit einem Vergleich der Versorgungsleistungen von Weimarer Republik, Nationalsozialismus und Bundesrepublik Ders., *Change*; vgl. auch Gerber, *Veterans*. Mit Blick auf alliierte Besatzungspolitik und Transformation in bundesdeutsches Recht vgl. Hudemann, *Sozialpolitik*.

¹² Vgl. etwa Schildt/Siegfried/Lammers (Hg.), *Dynamische Zeiten*; vgl. auch Herbert (Hg.), *Wandlungsprozesse*; Frese/Paulus/Teppé (Hg.), *Demokratisierung*; Rödder/Elz (Hg.), *Schlaglichter*.

¹³ Vgl. Hodenberg, *Konsens*; Arnold (Hg.), *Politisierung*.

¹⁴ Vgl. Steinmetz, *Politisierung*; Lenhard-Schramm, *Land*; Freitag, *Contergan*; Zirchner/Rauschmann/Thomann (Hg.), *Contergankatastrophe*.

¹⁵ Vgl. Rudloff, *Überlegungen*, S. 871.

und Psychiatriepatienten dar.¹⁶ Betrachtet man verbreitete Artikulationsformen der 1970er und 1980er Jahre, sind neue gesellschaftliche Akteure, neue politische Kulturen und Ansprüche der Partizipation in Form der neuen sozialen Bewegungen hervorgehoben worden. Auch hier blieb aber Behinderung unberücksichtigt.¹⁷

Aus diesen Forschungslücken ergibt sich die Auswahl der drei unterschiedlichen Organisationsformen von Interessenorganisationen von Menschen mit Behinderungen in der Bundesrepublik, die im Folgenden im Mittelpunkt der Untersuchung stehen: Neben den Kriegsofferverbänden, die sich infolge des Zweiten Weltkriegs gründeten, geraten die Elternvereinigungen wie die Lebenshilfe für das geistig behinderte Kind in den Blick, die sich an der Wende zu den 1960er Jahren gründeten. Im Anschluss liegt ein weiterer Schwerpunkt auf der Organisation der Vertretungsansprüche vornehmlich jüngerer Körperbehinderter seit den 1970er Jahren und der Behindertenbewegung.

Obwohl Forschungen zu Menschen mit Behinderungen und besonders deren Interessenartikulationen kaum existieren, kann diese Arbeit auf einige Studien zurückgreifen, die sich mit Sozial- und Behindertenpolitik befassen und an diese anknüpfen. So hat Wilfried Rudloff eine ganze Reihe prägnanter und pointierter Aufsätze zur Geschichte der Rehabilitations-, Sozial- und Behindertenpolitik veröffentlicht.¹⁸ Sie heben eine deutliche Hierarchisierung unterschiedlicher Gruppen Betroffener hervor. Die Sozialpolitik stufte ihre Aufmerksamkeit und damit auch die Verteilung von Geldern nach elektoralem Gewicht, interessenpolitischer Organisationsfähigkeit und Durchschlagskraft, dem davon abhängigen Medieninteresse, dem Einfluss der fachlichen und wissenschaftlichen Expertenkultur, der Binnenlogik des Systems sozialer Sicherung und dem moralischen Kapital der Betroffenen.¹⁹ Waren Kriegsbeschädigte eine sozialpolitisch bevorzugte Gruppe in der Nachkriegszeit, wurden Menschen mit körperlichen Behinderungen, die

16 Vgl. insbesondere für die Geschichte von Psychiatrie, psychiatrischer Versorgung und Psychiatriereform Brink, *Grenzen*; Kersting, Abschied; Ders. (Hg.), *Psychiatriereform* sowie Hanrath, *Anstaltspsychiatrie*.

17 Vgl. Schildt/Siegfried (Hg.), *Marx*; Reichardt/Siegfried (Hg.), *Das Alternative Milieu*; Baumann (Hg.), *Linksalternatives Milieu*; vgl. Mittag/Stadtland (Hg.), *Ansätze*. Vgl. auch den weitgespannten Überblick bei Roth/Rucht (Hg.), *Die sozialen Bewegungen*.

18 Vgl. insbesondere die Beiträge von Rudloff, Schliehe und Zollmann zu »Rehabilitation und Hilfen für Behinderte« in der elfbändigen Reihe *Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945* (GSP), hrsgg. vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales und dem Bundesarchiv, Baden-Baden 2001–2008; vgl. auch Rudloff, Behinderte und Behindertenpolitik sowie Ders., Akteurssysteme.

19 Vgl. Ders., Überlegungen, S. 866.

nicht aus dem Krieg resultierten, erst sukzessive in sozialstaatliche Maßnahmen integriert. Eine sozialpolitische Berücksichtigung erfuhren Menschen mit geistiger Behinderung, seelisch Behinderte oder Schwerstbehinderte demgegenüber erst mit den beginnenden 1960er Jahren. Daraus ergeben sich spezifische Fragen an die hier betrachteten unterschiedlichen Interessenorganisationen von Menschen mit Behinderungen, die etwa die jeweiligen Ziele, Interessen und die Durchsetzungsfähigkeit ihrer Konzepte im sozial- und behindertenpolitischen Feld betreffen. Welche Vorstellungen von sozialpolitischer Versorgung entwickelten die Kriegsopferverbände und wie versuchten sie diese durchzusetzen? Wie reagierten die in den späten 1950er Jahren entstehenden Elternvereinigungen oder die in den 1970er Jahren entstehenden Organisationen jüngerer Betroffener auf die Hierarchisierungen? Und welche Definitionen der eigenen Gruppe, welche Identitätsangebote stellten die Organisationen ihren Mitgliedern bereit? Diese Abgrenzungen nach außen und Identitätsangebote nach innen stifteten Zusammenhalt und geben Auskunft über die Selbstverständnisse der jeweiligen Gruppen.

Die rehabilitations- und behindertenpolitischen Diskussionen und Maßnahmen von den 1950er bis in die 1970er Jahre nimmt Elsbeth Bösl in den Blick. Sie stellt diese als »Politiken der Normalisierung« heraus, die durch Rehabilitationsbestrebungen auf Arbeitsfähigkeit ausgerichtet waren und die »funktionale Normalisierung« Betroffener zum Ziel hatten. Seit den 1970er Jahren geriet zunehmend auch die soziale Teilhabe zum Ziel von Behindertenpolitik, womit sich auch die Normalisierungskonzepte der Behindertenpolitik wandelten und sich zunehmend auf breitere Lebensbereiche ausdehnten.²⁰ Hier gilt es zu fragen, welchen Einfluss die Organisationen von Betroffenen auf die Normalisierungsanforderungen nahmen und wie sie diese rezipierten oder gestalten konnten. So ließe sich auch im Anschluss an die Arbeit von Carol Poore fragen, wie Betroffene und deren Organisationen auf die von ihr skizzierten öffentlichen Repräsentationen von Behinderung Einfluss nahmen.²¹ Poore schreibt eine Erfolgsgeschichte, in der sie die steigenden Selbstvertretungsansprüche von Menschen mit Behinderungen hervorhebt. Damit ist zudem eine Frage nach den jeweiligen Bewertungen des Erfolges und etwaigen Differenzierungen oder alternierenden Sichtweisen aufgeworfen.

Wichtige Ausschnitte und Anknüpfungspunkte für diese Arbeit liefern zudem Studien, die von der Frage nach Kontinuitäten eugenischen Denkens in der Bundesrepublik geleitet sind, und die humangenetischen Ideen und

²⁰ Vgl. Bösl, *Politiken*, S. 339.

²¹ Vgl. Poore, *Disability*.

Praktiken in der Bundesrepublik in Mittelpunkt rücken.²² Dabei wurden Einflüsse von Planungsmentalität und Vorsorgekonzepten, von vorherrschenden Bildern von Behinderung sowie Anchlüsse an internationale Debatten hervorgehoben, die – so Britta-Marie Schenk mit Blick auf die humangenetische Beratungspraxis – für eine verzögerte Liberalisierung sorgten.²³ Auch von Arbeiten zur Anstalts- und Heimfürsorge behinderter Menschen kann diese Untersuchung profitieren.²⁴ Sie behandeln Lebenswirklichkeiten von Menschen mit Behinderungen, die Ausgangspunkt für Fragen nach den Gestaltungsmöglichkeiten der Interessenorganisationen und ihrem Umgang mit Normalisierungsanforderungen sind. Neben diesen Studien, die sich explizit mit der Geschichte von »Behinderung« befassen, kann diese Arbeit an Studien zur Geschichte der Sozialpolitik²⁵ anknüpfen und von der Geschichte zu den Wohlfahrtsverbänden profitieren.²⁶ Auch Arbeiten aus anderen Disziplinen, die Interessenorganisationen von Menschen mit Behinderungen untersuchen, werden herangezogen.²⁷

Aus diesen unterschiedlichen Forschungsbezügen und angerissenen Fragen ergibt sich die Fragestellung dieser Arbeit, die drei unterschiedliche Zielrichtungen verfolgt. Zum ersten geht es um die jeweiligen Ziele und Interessen der unterschiedlichen Organisationen von Menschen mit Behinderungen. Zum zweiten wird nach der Artikulation und Durchsetzungsfähigkeit dieser Anliegen gefragt. Wie konnte Einfluss auf sozialpolitische Maßnahmen oder gesellschaftliche Bilder von Behinderung genommen werden und mit welchen Konzepten und Bildern setzten sich die Organisationen auseinander? Hier geraten die unterschiedlichen Möglichkeiten und Grenzen der Interessenartikulation in Bezug auf politische Normsetzungen und gesellschaftliche Normalitätsvorstellungen in den Blick. Welche Poli-

22 Vgl. Cottebrune, Eugenische Konzepte; Hahn, Zwang; Schenk, Behinderung – Genetik – Vorsorge.

23 Vgl. Schenk, *Behinderung*.

24 Vgl. mit breiter Aussagekraft Rudloff, Ende. Vorschläge zur Institutionen- und Anstaltsgeschichte, explizit auch von Menschen mit geistiger Behinderung, finden sich bei Schmuhl/Winkler (Hg.), *Heime*; Dies., *Körperbehindertenhilfe*; vgl. auch den Ausschnitt zu Konflikten zwischen Heimleitung und jugendlichen Bewohnern bei Lingelbach/Stoll, Umbruchsphase.

25 Dazu ausführlicher: siehe unten.

26 Zur Fürsorge vgl. Hübner/Kaiser/Ahlhelm (Hg.), *Diakonie*; vgl. auch Hammerschmidt, *Wohlfahrtsverbände*; Sachße (Hg.), *Wohlfahrtsverbände*.

27 Aus pädagogischer Perspektive vgl. beispielsweise Rohrmann, Selbsthilfegruppen. Für die politikwissenschaftliche Forschung sei Spörke, *Behindertenpolitik* hervorgehoben. Neuere Arbeiten stammen oftmals von ehemaligen Aktivisten der Behindertenbewegung, vgl. beispielsweise Münner/Sierck, *Krippelzeitung*.

ken und Strategien setzten die Organisationen zur Erlangung einer politischen Besserstellung oder zum Abbau von Barrieren ein? Drittens wird auch nach dem Anpassungsdruck gefragt, dem sich Menschen mit Behinderungen beziehungsweise deren Interessenorganisationen von Seiten der sozialpolitischen Gesetzgebung oder gesellschaftlich definierter Normen ausgesetzt sahen. Die so zu beschreibenden Interdependenzen zwischen Selbstermächtigung und Anpassung, die Möglichkeiten und Grenzen der Selbstartikulation, die Wechselwirkungen in der Aushandlung von Bildern und Normen, stehen dabei also im Zentrum des Interesses.

Dazu werden die drei bereits erwähnten Formen der Interessenorganisationen von Menschen mit Behinderungen in der Bundesrepublik betrachtet: Zunächst geraten die Kriegsopferverbände in den Blick, die sich nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs wieder gründeten und die größte Gruppe Behinderter in der Bundesrepublik repräsentierten. Seit den späten 1950er Jahren entstanden zudem Elternvereinigungen wie die »Lebenshilfe für das geistig behinderte Kind«, die wirkmächtig auf Behinderungen hinwiesen, die bis dato öffentlich oder sozialpolitisch kaum in Erscheinung traten. Schließlich entstanden am Ende 1960er Jahre und in den 1970er Jahren lokale Vereine und Netzwerke vornehmlich jüngerer Betroffener, aus denen sich in den späten 1970er und frühen 1980er Jahren die Behindertenbewegung bildete.

Aus der Zusammenschau dieser drei unterschiedlichen, im Laufe der Jahre neu auftretenden Interessenorganisationen von Menschen mit Behinderungen, ergeben sich weitere Fragen. Die Untersuchung von drei verschiedenen, zeitversetzt auftretenden Akteuren betont den Wandel in der Selbstvertretung von Menschen mit Behinderungen und von Behinderung Betroffener und ermöglicht es, den Fokus auf die Veränderung von Veränderungswille und Interessenartikulation selbst zu legen. Wie organisierte sich Veränderungswille und wie artikuliert er sich? Welche Mittel und Strategien nutzten die Organisationen für sozialpolitische oder gesellschaftliche Interventionen? Somit geht es auch um einen Beitrag zu Formen und Wandel von organisierten Interessen in der Bundesrepublik. Zudem werden Fragen nach dem Wandel der jeweiligen Zielvorstellungen aufgeworfen. Mit Konzepten von Eingliederung und Integration geht es um die unterschiedlichen Bezüge von Zugehörigkeit zu Gesellschaft, denn die unterschiedlichen Forderungen der Interessenorganisationen transportierten auch unterschiedliche Zielvorstellungen. Hinter diesen Vorstellungen verbargen sich immer auch Deutungs- und Sichtweisen auf das Verhältnis von Behinderung und Abweichung, die es hier herauszuarbeiten gilt.

Betrachtet man zudem so unterschiedliche Organisationen wie Kriegsopferverbände, Elternvereinigungen und Behindertenbewegung beziehungsweise Bewegungsorganisationen, geraten weitere Differenzierungen in den Fokus. Mit Blick auf die konstatierte Hierarchisierung zwischen unterschiedlichen Formen von Behinderung innerhalb des behindertenpolitischen Feldes geht es erstens um die Klientel der Interessenorganisationen. Welche Gruppen erfuhren wann und in welcher Form eine politische und gesellschaftliche Repräsentation und welche Ausschlüsse wurden vorgenommen? Zum zweiten geraten damit auch spezifische Grenzen von Selbst- und Fremdadvokation in den Blick. Denn für Kinder mit geistigen Behinderungen beispielsweise traten ihre Eltern und wissenschaftliche Experten von der Lebenshilfe auf. Damit stellt sich auch die Frage, wie weit diese Vertretungsansprüche reichten und wo sie an Grenzen stießen.

Forschungsdesign und Gliederung

Auseinandersetzen muss sich eine Arbeit zu Interessenorganisationen von Menschen mit Behinderungen zunächst mit den unterschiedlichen Periodisierungsangeboten, die die Geschichte der Sozialpolitik betreffen sowie mit den Typologisierungsvorschlägen, die eine Entwicklung dieser Interessenorganisationen beschreiben. Dies soll im Folgenden geschehen, bevor notwendige definitorische Klärungen für die Begrifflichkeit der »Interessenorganisation« erfolgen. Im Anschluss sind zudem theoretische Implikationen und Forderungen aus den *Disability Studies* zu berücksichtigen. Schließlich wird der Aufbau der Arbeit entfaltet.

Der Untersuchungszeitraum dieser Arbeit ist vom Auftreten der Organisationen der Kriegsbeschädigten am Ende des Zweiten Weltkriegs bis in die späten 1980er Jahre gespannt, bevor in der Folge der Wiedervereinigung die behindertenpolitische Organisationslandschaft durch Initiativen aus der ehemaligen DDR eine Neugestaltung erfuhr. Für diesen Zeitraum stellen die Forschungen zur Geschichte der bundesrepublikanischen Sozialpolitik unterschiedliche Periodisierungsangebote zur Verfügung: Nachdem die Überwindung der vielfältigen Nöte und Unterstützungsbedarfe Aufgabe der nur noch partiell bestehenden Strukturen der Wohlfahrtseinrichtungen in der unmittelbaren Nachkriegszeit war, erlebte die Sozialpolitik der gegründeten Bundesrepublik eine Phase der Rekonstruktion legislativer Maßnahmen. Nach einer Rekonstruktionsphase markierte die Rentenreform von 1957 mit der Einführung einer Dynamisierung der Rentenleistungen eine »sozialpolitische und sozialgeschichtliche Zäsur«. Denn mit der kontinuierlichen Anpassung der Renten an die Lohnentwicklung wurde ein neues Element in die

soziale Sicherung eingeführt, das auf die Lebensstandardsicherung zielte.²⁸ Daran schloss sich eine Phase des Ausbaustopps an, die »im Zeichen des erreichten Wohlstandes« stand und Sozialpolitik nun stärker auf den »besitzenden Bürger« ausrichtete.²⁹ Mit dem Amtsantritt der Großen Koalition 1966 waren dann sozialpolitisch vielfältige Aufbrüche verbunden, die mit dem Regierungswechsel 1969 nochmals eine Bedeutungsausweitung erfuhr.³⁰ Erst infolge des Strukturbruchs Mitte der 1970er Jahre wurde der weitere Ausbau des Sozialstaats gestoppt und von einer Konsolidierungspolitik begleitet.³¹ Diese sozialpolitischen Zäsursetzungen stellten mithin den Rahmen für die Formulierung sozialpolitischer Interessen dar. Ihre Bedeutungen und Auswirkungen bildeten Anknüpfungspunkte für die Interessenorganisationen von Menschen mit Behinderungen.

Einige Veröffentlichungen haben sich diesen Interessenorganisationen im Politikfeld der Behindertenpolitik gewidmet und dabei unterschiedliche Systematisierungen vorgeschlagen. Rainer Kluge macht drei »Säulen« der Akteure aus, die sich infolge des Internationalen Jahres der Behinderten 1981 herausgebildet hätten:³² Mit der ersten Säule identifiziert Kluge die Kriegsofferverbände, aus denen im Laufe der 1970er Jahre die Sozialverbände geworden waren. Der zweiten Säule ordnet er die Verbände mit primär behinderungsspezifischer Ausrichtung wie die Bundesarbeitsgemeinschaft Hilfe für Behinderte (heute Bundesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfe) und zum Teil der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband (heute der Paritätische) zu. Die dritte Säule formierte sich ab Mitte der 1990er Jahre vor allem als Folge der behindertenpolitischen Prozesse der deutschen Einheit aus den kleineren Behindertenorganisationen. Hierzu zählt Kluge die Initiative Selbstbestimmt Leben, den Allgemeinen Behindertenverband in Deutschland oder das Weibernetz als Interessenvertretung behinderter Frauen.

Eine ähnliche Einteilung nimmt Udo Wilken vor.³³ Er betrachtet die Geschichte der Interessenorganisationen von Menschen mit Behinderungen in Deutschland und teilt sie in drei Phasen ein, wobei er unter der ersten Phase sowohl die Kriegsofferverbände »als 1. Selbsthilfe-Generation« als auch »die

28 Vgl. Hockerts, *Metamorphosen*, S. 36–38.

29 Vgl. Ruck/Boldorf (Hg.), *Sozialpolitik im Zeichen des erreichten Wohlstandes* (GSP Bd. 4); vgl. auch Hilpert, *Wohlfahrtsstaat*.

30 Vgl. Hockerts (Hg.), *Zeit vielfältigen Aufbruchs* (GSP Bd. 5).

31 Vgl. die Beiträge in Geyer (Hg.), *Neue Herausforderungen* (GSP Bd. 6) sowie in Schmidt (Hg.), *Finanzielle Konsolidierung* (GSP Bd. 7); vgl. auch Hockerts, *Wohlfahrtsstaat*.

32 Vgl. Kluge, *Paradigmenwechsel*, S. 155.

33 Vgl. Wilken, *Körperbehinderten-Selbsthilfe-Vereinigungen*, S. 66f.

Behinderten- und Elternvereinigungen« bis zum Ende der 1950er Jahre subsumiert. Kennzeichen dieser Phase sei, dass Behinderung als Massenphänomen bewusst werde. Unter der zweiten Phase fasst Wilken dann die »Selbsthilfeentwicklung, die durch die [...] »Clubs Behinderter und ihrer Freunde« geprägt ist«. Auffällig an dieser Phase sei das Bestreben, eine Eigenvertretung in bewusster Distanz zu den Eltern- und Interessenverbänden aufzubauen, die emanzipativ und aus erstarktem Selbstbewusstsein und Selbstwertgefühl heraus erfolgte. In die dritte Phase ordnet Wilken dann die Bildung der autonomen Behindertenbewegung ein.

Wilfried Rudloff hat dagegen fünf Typen bundesdeutscher Behindertenorganisationen ausgemacht, die behindertenpolitische Reformen entscheidend beeinflussen.³⁴ Nach den Kriegsopferverbänden, die die behindertenpolitische Landschaft der 1950er Jahre dominierten, macht Rudloff die Elternverbände als »neues Element der Organisation von Betroffeneninteressen« aus. In der Folge markiert er insbesondere die Entstehung von »Clubs Behinderter und ihrer Freunde« in den frühen 1970er Jahren als Zeichen eines veränderten Verständnisses von Behinderung. Am Beginn der 1980er Jahre definiert er mit den sogenannten Krüppelgruppen zudem eine vierte Form von Interessenvertretung, die sich als Emanzipationsbewegung begriff. Schließlich stellt Rudloff mit den professionalisierten Selbsthilfeinitiativen der 1980er Jahre einen fünften Akteurstypus heraus.

Diese Typologisierungen aufgreifend, zum Teil modifizierend und zum Teil revidierend, schlägt diese Arbeit eine Dreiteilung vor. Im ersten Teil erfolgt die Untersuchung der Kriegsopferverbände, die die größten und wirkmächtigsten Interessenorganisationen von Menschen mit Behinderungen in den 1950er Jahren waren. Der zweite Teil der Arbeit wendet sich den Elternvereinigungen zu als deren prägnantestes Beispiel insbesondere die Lebenshilfe für das geistig behinderte Kind in den Blick gerät. Elternvereinigungen sind aufgrund ihrer Gründungsmotive, der treibenden Akteure, ihrer vertretenen Klientel, wegen ihrer Strategien und neuen Konzepte von »sozialer Eingliederung« von den Kriegsopferverbänden abzusetzen. Im dritten Teil werden Selbstvertretungen unterschiedlicher Ausprägung untersucht. Dazu zählen die in Rudloffs Typologie getrennt betrachteten Clubs Behinderter und ihrer Freunde, die Krüppelgruppen und die entstehenden Selbsthilfeinitiativen, aber auch die kleine, einflussreiche Frankfurter Gruppe um die Aktivisten Ernst Klee und Gusti Steiner. Sie werden gemeinsam betrachtet, da sie sich organisatorisch von den vorherigen Interessenor-

34 Vgl. Rudloff, Akteurssysteme, insb. S. 149–154.

ganisationen absetzen und durch eine neue Konzeptualisierung von Behinderung auszeichneten: mit ihren Auffassungen von »Integration« und »Emanzipation« waren sie wichtige Impulsgeber der Behindertenbewegung und prägten diese mit. Diese Schwerpunktsetzung impliziert, andere Organisationen von Menschen mit Behinderungen unberücksichtigt zu lassen. Dies betrifft unter anderem die Verbände der Blinden- und Sehbehinderten sowie der Gehörlosen- und Schwerhörigen, deren Wurzeln teilweise bis ins 19. Jahrhundert zurückreichten, aber auch kleinere Selbsthilfeorganisationen, wie beispielsweise die Multiple-Sklerose-Gesellschaft. Die Vernachlässigung dieser Organisationen ist möglich, weil es sich entweder um sehr kleine Gruppen handelte, die nur geringe Wirkungen im politischen Feld entfalteten oder um solche, die kaum gesellschaftspolitische Anliegen formulierten.

Um den Wandel von Interessen und deren Organisation erfassen und beschreiben zu können, nutzt die Arbeit die soziologischen und politikwissenschaftlichen Studien zu Interessenverbänden, Vereinen und Bewegungen punktuell als heuristische Instrumente.³⁵ In Anlehnung an diese Arbeiten werden die hier untersuchten Organisationen als »Interessenorganisationen« begriffen. Dabei handelte es sich um freiwillige Zusammenschlüsse, die bestimmte kollektive Ziele verfolgten. Der Begriff des Interesses hat unterschiedliche Bedeutungsaspekte.³⁶ In diesem Kontext meint er die formulierten Anliegen und Ziele der Akteure eines mehr oder minder institutionalisierten Zusammenschlusses, der die »Interessen« als Forderungen an das politische System oder die Gesellschaft heranträgt. Wichtig ist in diesem Kontext, dass es sich bei den Akteuren um Menschen mit Behinderungen oder von Behinderung Betroffene handelte und darin der Grund eines Zusammenschlusses lag.

Die sehr unterschiedlichen Bezeichnungen der Interessenorganisationen deuten bereits an, dass der Untersuchungszeitraum auch eine Phase beschleunigten sprachlichen Wandels war, in der medizinische, gesellschaftliche und politische Definitionssetzungen sowie die Selbstbezeichnungen Betroffener aufeinandertrafen. Vertreter der *Disability Studies* plädieren dafür, nicht von »Behinderten« zu sprechen. Diese Bezeichnung stelle das Merkmal der Abweichung heraus, die dem Bezeichneten damit inhärent eingeschrieben wird. Demgegenüber wird die Formel »Menschen mit Behinderungen« bevorzugt, die andeutet, dass der Mensch nicht ausschließlich durch eine

35 Vgl. für einen Überblick Blum/Schubert, *Politikfeldanalyse*; Müller-Jentsch, Verein; Alemann/Heinze (Hg.), *Verbände*; Winter/Willems (Hg.), *Interessenverbände*.

36 Vgl. Winter, *Interessen*; vgl. auch Blum/Schubert, *Politikfeldanalyse*, S. 56–58.